SAUL LOEB/AFP/Getty Images

Die Obama administration VS. die Amerikanische verfassung

Der neue Regierungsauftrag zur Gesundheitsfürsorge ist ein gewaltiger Angriff auf die Verfassung, auf die Religionsfreiheit, auf das Gewissen und auf das Leben.

- Joel Hilliker
- 01.07.2014

Die Obama Administration schwingt das Kriegsbeil gegen Amerikas Religionsfreiheit. Sie hat wohlüberlegt einen Kampf mit religiösen Amerikanern und speziell mit der Katholischen Kirche in einer Aktion aufgenommen, die Amerikaner aller Glaubensrichtungen alarmieren sollte.

Der Präsident hat angeordnet, dass die Arbeitgeber allen Angestellten eine Gesundheitsfürsorgeleistung zur Verfügung stellen müssen. Und er verlangt jetzt auch, dass diese Leistung die Geburtenkontrolle einschließen soll: freie Sterilisierungen und Zugang zu allen von der FDA (Arzneimittelzulassungsbehörde der USA) genehmigten Verhütungsmitteln einschließlich jener, die Schwangerschaftsabbrüche herbeiführen. Natürlich verbietet die katholische Doktrin alle diese Praktiken, und auch viele Nicht-Katholiken sind aus religiösen Gründen ebenso gegen Schwangerschaftsabbruch, einschließlich der „Pille danach".

Die Regierung bleibt unbeeindruckt. Es spielt keine Rolle, wie verärgert Religionsführer werden, deren Gewissen verletzt wird, oder deren Überzeugungen zertrampelt werden. Der Präsident hat die Angelegenheit entschieden: Schwangerschaftsabbrechende Pharmaka sind das Recht jeder Frau – auch wenn Gott selbst anderer Meinung ist.

Angriff auf die Religionsfreiheit

Als das Gesundheitsministerium diesen Vorschlag erstmals im letzten August veröffentlichte, waren katholische Politiker unter jenen, die ihn am heftigsten ablehnten und ihn als „beispiellosen Angriff auf die Religionsfreiheit" bezeichneten. Versuche, das Gesetz zu verhindern, misslangen, und im Januar kündigte die Gesundheitsministerin Kathleen Sebelius an, dass es im August in Kraft treten wird. Sie bot eine bizarre, bedeutungslose Konzession an: Konfessionell gebundenen Organisationen wie Spitälern und Universitäten ist ein zusätzliches Jahr gegeben, sich an die Änderung „anzupassen". Bis zum August 2013 müssen sie ihre Überzeugungen nicht verraten.

Wie vorherzusehen war, waren Menschen empört, weil die Amerikaner dazu gezwungen werden, für Dinge zu zahlen, die sie moralisch ablehnen. Die Regierung wusste, dass dies geschehen würde, und Präsident Obama machte einen „Rückzug" von dem, was sicherlich seine vorgeplante Position gewesen war. Vermutlich um jene mit religiösen Bedenken zu beschwichtigen, kündigte er Mitte Februar „eine Lösung" an, „die für jeden gut ist".

Was „für jeden gut ist" bedeutet, nicht zurückzuweichen von der Forderung nach kostenlosen Abtreibungsmitteln, Sterilisierungen und Verhütungsmitteln in allen staatlich angeordneten Plänen der Gesundheitsversicherung. „Mit dieser Regelung haben Frauen weiterhin Zugang zu Gratispräventivfürsorge, die empfängnisverhütende Dienstleistungen einschließt – ganz gleich, wo sie arbeiten. Das Kernprinzip bleibt also" erklärte der Präsident. „Aber wenn der Arbeitgeber einer Frau eine Wohlfahrtseinrichtung oder ein Krankenhaus ist, die einen religiösen Einwand gegen die Bereitstellung von Verhütungsmitteln als Teil ihres Gesundheitsplanes haben, so wird von der Versicherungsgesellschaft – nicht vom Krankenhaus, nicht von der Wohlfahrtseinrichtung – verlangt, die helfende Hand auszustrecken und der Frau kostenlos Präventivfürsorge anzubieten, ohne Kostenbeteiligung und ohne Probleme" (Hervorhebung hinzugefügt).

So sind also die „kostenlosen" pharmakologischen Schwangerschaftsabbrüche immer noch per Gesetz angeordnet, aber

die Versicherungsgesellschaft muss dafür bezahlen und darf sie ausdrücklich nicht dem Arbeitgeber berechnen. Höchstwahrscheinlich wird sie die Kosten einfach dadurch ausgleichen, indem sie dem Arbeitgeber höhere Prämien berechnet. Und vom Arbeitgeber wird dennoch verlangt, dass er freien Zugang zu Dienstleistungen liefert, die er als Sünde betrachtet. Der Präsident versuchte nicht, die Religionsfreiheit „zu schützen“, vielmehr zeigte er sich Einwänden gegenüber völlig intolerant.

Es gibt keine Ausnahmen für religiöse Versicherungsgesellschaften, selbstversicherte religiöse Arbeitgeber, gemeinnützige Arbeitgeber, die religiös sind, oder nicht-religiöse Arbeitgeber (wie Eigentümer von Kleinunternehmen mit persönlichen Überzeugungen). Jeder Amerikaner, der einfach nicht will, dass mit seinem oder ihrem Geld bezahlt wird, dass jemand anderer sterilisiert wird oder ein menschlicher Embryo tödlich vergiftet wird, bezahlt hohe Geldstrafen dafür, wenn er oder sie dem Gewissen folgt anstatt dem Gesetz.

Das ist nicht nur moralisch falsch, es ist verfassungsmäßig falsch.

Die Regierung beaufsichtigen

Dieser Präsident ist feindlich gesinnt gegenüber der ursprünglichen Absicht der Verfassung der Vereinigten Staaten, und dies ist nur das jüngste Beispiel. Der Erste Zusatzartikel zur Verfassung garantiert, dass kein Gesetz einem Amerikaner die freie Ausübung der Religion verbietet. Aber nach Ansicht des Präsidenten übertrumpft das Recht einer Frau, freien Sex zu haben und kostenlosen Zugang zu Schwangerschaftsverhütung/Abbruch zu genießen, das Grundrecht eines Amerikaners, gemäß seiner eigenen religiösen Überzeugung zu handeln.

Die Gründungsväter hatten solch einen Machtmissbrauch im Sinn, als sie die Verfassung schrieben – ein Dokument, das jetzt fast dieselbe abschätzige, unendlich subjektive Betrachtung erhält wie die Bibel.

Die liberale Sichtweise ist, dass die menschliche Natur im Wesentlichen gut ist und ihr Raum gegeben werden sollte zu gedeihen. Die realistische – und biblische – Betrachtung ist, dass die menschliche Natur im Wesentlichen böse ist und bewusst beherrscht werden muss. Dankbarerweise hatten die Gestalter der Verfassung die letztere Ansicht. Das ist ein großer Teil des Grundes, dass das von ihnen geschaffene Regierungssystem, obwohl unvollkommen, mehr als zwei Jahrhunderte bestanden und viel dazu beigetragen hat, den Erfolg der Vereinigten Staaten von Amerika und seiner Menschen zu garantieren.

Die Gründer erkannten, dass eine Regierung notwendig ist, um die Übel der menschlichen Natur in der Gesellschaft einzudämmen. Sie erkannten auch – nachdem sie gekämpft und geblutet haben, um sich von einem Tyrannen zu befreien – dass feste Machteinschränkungen erforderlich sind, um die Übel der menschlichen Natur innerhalb der Regierung zu kontrollieren.

Wie James Madison in Federalist No. 51 schrieb: „Wären Menschen Engel, wäre keine Regierung notwendig. Würden Engel Menschen regieren, wären weder externe noch interne Kontrollen gegenüber der Regierung notwendig.“

In der Verfassung richteten die amerikanischen Gründer ein System ein, das die Regierung erfolgreich beaufsichtigt.

Die zugrunde liegenden Mittel, mit denen die Verfassung dies erreicht, sind Repräsentanz, Machtteilung und begrenzte Regierung. Das erste dieser Mittel platziert die endgültige Macht in die Hände von Wählern. Das zweite liegt in der gegenseitigen Kontrolle, die die Gründer durch ein Zusammenwirken unter drei Regierungsebenen schufen. Die dritte kommt in Form von Zuständigkeitskatalogen. Zum Beispiel, Artikel I, Abschnitt 8 der Verfassung, umreißt die Pflichten des Kongresses. Wenn sie hier nicht aufgelistet sind, kann der Kongress nichts tun. Und das Regierungsoberhaupt – völlig unterschiedlich zu einem Monarchen – ist gewählt, verrichtet seine verfassungsmäßigen Pflichten für vier Jahre und kann zu diesem Zeitpunkt entlassen werden, wenn nicht zuvor.

Vergessen Sie nicht, dass diese grundlegenden Beschränkungen von einem realistischen Verständnis der menschlichen Natur getragen wurden. Aber jetzt sind diese Beschränkungen unter das Messer gekommen.

Angriff auf die Verfassung

Bei Amtsantritt muss der Präsident feierlich versprechen, nach seinen besten Kräften „die Verfassung der Vereinigten Staaten zu bewahren, zu schützen und zu verteidigen.“ Das ist von der Verfassung vorgeschrieben, die auch besagt, dass „Senatoren, Abgeordnete und alle parlamentarischen Geschäftsführer und Justizbeamten … durch Eid oder eidesstattlicher Erklärung gebunden sein sollen, diese Verfassung zu unterstützen.“

Viel zu viele von diesen Amtsträgern haben diesen Eid geleistet – und dann das Gegenteil getan! Der gegenwärtige Präsident hat nach seinen besten Kräften dieses Gründungsdokument beschmutzt, missachtet und untergraben!

Amerikas mächtigste Politiker sind heute grundsätzlich nicht einverstanden mit der Gründungsurkunde, für deren Aufrechterhaltung sie bestimmt sind! In den Augen des Präsidenten und seiner Spitzenpolitiker sind die von den Gründervätern auferlegten Einschränkungen der Regierung, die die Nation vor der menschlichen Natur schützen, Hindernisse, die sie davon abhalten, die Nation entsprechend ihrer eigenen verdrehten Ideale zu erneuern (Artikel Seite 6).

Dieses Denken ist nicht ungewöhnlich für das 21. Jahrhundert. Larry Arnn, Präsident des Hillsdale Colleges, weist darauf

hin, dass die Saat dieses Antigesetz-Denkens vor einem Jahrhundert von Woodrow Wilson gesät wurde, der die Verfassungs-Doktrinen über eine eingeschränkte Regierung als veraltet betrachtete. „Wilson behauptete, dass Fortschritt und Evolution den Menschen an eine Stelle und in eine Zeit gebracht hätten, wo wir uns keine Gedanken machen müssen über eine eingeschränkte Regierungsgewalt“, sagte Arnn. „Er verwarf, was die Gründer als eine feststehende oder unveränderliche menschliche Natur identifizierten, und dachte, dass wir von einer erlesenen Klasse von Menschen regiert werden sollten, die keinen politischen Kräften oder verfassungsmäßigen gegenseitigen Kontrollen unterworfen sind – eine Klasse von Menschen, wie wir sie in unser modernen Bürokratie finden. Diese Regierungsform würde über der Politik agieren, die unparteiisch in Übereinstimmung mit der Vernunft handelt“ (Hervorhebung hinzugefügt).

Hier liegt der Haken. Dieses Denken vertraut auf die menschliche Natur und menschliche Überlegung. Es sieht keinen Bedarf für Zurückhaltung. Es ist so überzeugt hinsichtlich seiner eigenen Korrektheit, dass es versucht, über dem Gesetz zu stehen. Heute, mit einer Regierung, die dieser Philosophie entschieden folgt, ist es einfach die Probleme zu sehen, die daraus resultieren können.

Zurückhaltung ablegen

Direkt nachdem Herr Obama gewählt war, schrieb der Chefredakteur der Trumpet, Gerald Flurry, in der Januar Ausgabe des Jahres 2009 über dieses Thema: „Die Gründungsväter schufen die Verfassung, um die Macht der Regierung einzuschränken, weil sie unter einem Tyrannen gelebt hatten, der ganz nach seinen eigenen Launen entschied, was recht war für das Volk, und was nicht. Die Verfassung gab ihnen einen gewissen Schutz vor der üblen menschlichen Natur. Die Gründerväter gründeten diese Urkunde auf bestimmte biblische Prinzipien, nicht nur auf menschliche Überlegung.“

Was mit Wilson begann und unter Franklin Roosevelt aufblühte, erreicht jetzt seinen Höhepunkt: es überschreitet die von den Gründern festgelegten Grenzen, und steigert fortwährend die Regierungsmacht als Garant von „absoluten Rechten.“

Heute agiert die Bundesregierung zum Beispiel so, als ob Bürger das „Recht“ hätten auf materielle Güter und Dienstleistungen – wie Wohnen, Bildung, Gesundheitsfürsorge, Abtreibung – wobei sie der Regierung die Verpflichtung erteilen, Ressourcen von anderen Bürgern zu nehmen, um dafür zu bezahlen. Dies stellt eine gewaltige Erweiterung der Bundesmacht auf Kosten der Rechte und Freiheiten von Einzelpersonen dar.

Der Präsident umgeht den demokratischen Prozess mit wachsender Straffreiheit. Das Parlament geht über seine verfassungsmäßig aufgezählten Befugnisse hinaus und erweitert ständig sein Mandat. Und die Justiz malträtiert die Sprache der Verfassung, indem sie immer bizarrere Bedeutungen hineininterpretiert, um sie so in Übereinstimmung mit ihren eigenen liberalen Plänen zu bringen. Diese Bemühungen fangen gerade an – und gewinnen rasch an Schwungkraft.

Diese Führer entfernen die Hüllen des verfassungsmäßigen Systems, durch welches die Regierung selbst richtig beherrscht wird. Warum? Wegen ihres grundlegenden, tödlichen Missverständnisses der menschlichen Natur. Weil sie die ausschlaggebende Notwendigkeit des Menschen, gemäß dem Gesetz Gottes zu leben, zurückweisen, und in diesem Fall sogar gemäß dem Gesetz des Landes!

Im Grunde genommen stößt dies die Tür auf zu den eigentlichen Machtmissbräuchen, vor denen die amerikanischen Gründer geflüchtet sind und so sorgfältig an deren Verhinderung gearbeitet haben. Es zerstört die Rechtsstaatlichkeit und ersetzt sie durch die Herrschaft des Menschen. Am Ende herrscht der menschliche Verstand ohne Einschränkung. Die Laune des Tyrannen wird Gesetz.

Die Tyrannei des menschlichen Denkens

Damit Sie nicht denken, es gäbe keinen Grund zur Sorge, dass die Umstände so weit absinken könnten, betrachten Sie nochmals die jüngste Entscheidung der Regierung – nicht nur dass verfügt wurde, dass alle Amerikaner Gesundheitsfürsorge erhalten, sondern auch, dass die Versicherungsgesellschaften gleichzeitig kostenlose Sterilisierung, Empfängnisverhütung und pharmakologischen Schwangerschaftsabbruch leisten müssen.

Diese Entscheidung legt Privatunternehmen haarsträubende Einschränkungen auf, macht sie abhängig von der Gnade staatlicher Launen. Sie zwingt einzelne Bürger dazu, Verträge abzuschließen, ungeachtet dessen, ob sie es wollen oder nicht. Und sie untergräbt den Schutz für die freie Religionsausübung durch die Bill of Rights (Grundrechtecharta), weil sie jeden, der diese Methoden aus religiösen Gründen missbilligt, zwingt, mit seinen Überzeugungen Kompromisse einzugehen.

Warum macht der Präsident solch radikale Umstellungen und opfert solche Säulen der amerikanischen Freiheiten? Einfach weil er glaubt, dass es das Richtige ist.

Versicherungsgesellschaften, die die Anzahl von Schwangerschaften reduzieren, erhöhen ihre Nettogewinne, argumentiert der Präsident. Diese neue Verordnung bezeichnet Geburtenkontrolle – einschließlich Sterilisationen und Schwangerschaftsabbruch durch Medikamente – als „Präventivfürsorge“. „Das bedeutet kostenlose Untersuchungen, Mammographien, Schutzimpfungen und andere grundlegende Serviceleistungen“, erklärte Herr Obama. „Wir kämpften dafür, weil es Leben rettet und Geld spart – für Familien, für Unternehmen, für die Regierung und für jeden. Weil es viel billiger ist, eine Krankheit zu verhindern, als eine zu behandeln.“

An dieser Überlegung ist etwas Abschreckendes, wenn es um das menschliche Leben selbst geht.

Viele Leute glauben – richtigerweise – dass das menschliche Leben mit der Zeugung beginnt und sind entschieden gegen Medikamente, die vorzeitige Schwangerschaftsabbrüche herbeiführen. Mit diesem Gesetz ermöglicht es die Regierung einer Frau nicht nur, solche Pharmaka zu nehmen – es zwingt alle steuerzahlenden Bürger indirekt dazu, sie kostenlos mit diesen Drogen zu versorgen. Und der Präsident lobt den Abbruch der Schwangerschaft – was eine befruchtete Eizelle oder ein menschlicher Embryo sein könnte – für seine Kosteneinsparungen. So wie die Entdeckung eines Krebsgeschwürs in seinem Frühstadium.

In einer Hinsicht hat er Recht: Eine Schwangerschaft zu beenden ist sicher billiger, als ein Kind aufzuziehen. Der Tod ist billiger als das Leben.

Dieser Präsident ist eindeutig für Schwangerschaftsabbrüche (was er „Fortpflanzungsrechte“ nennt). Als Senator des Staates Illinois stimmte er gegen ein Verbot der Partial-Birth Abortion (Abtreibung im fortgeschrittenen Stadium der Schwangerschaft, d.h. im zweiten und dritten Trimester) und ging dann noch einen Schritt weiter: Er war gegen einen Gesetzentwurf, der das Leben eines neugeborenen Kindes schützen sollte, das es geschafft hatte, dieses grausige Verfahren zu überleben. Nehmen Sie sich einen Moment Zeit, wenn Sie es vertragen können, und stellen Sie sich vor, was das innerhalb der Wände einer Abtreibungsklinik tatsächlich bedeuten würde!

Jetzt hat dieser Mann das höchste Amt im Land inne und diktiert das Gesundheitsrecht der Nation. Diese jüngste Verfügung formuliert seine Regierung geschickt in erhabener Sprache wie „Gesundheit der Frau“, „Präventivvorsorge“ und „Reproduktionsdienste“ (als ob jeder, der dagegen ist, gegen die Gesundheit der Frauen ist). Aber es ist das Produkt eines wahrlich niederträchtigen Denkens.

Wie sonst ist es zu erklären, dass die Regierung tief verwurzelte religiöse Einwände so gnadenlos niederwälzt, als ob sie völlig unbegründet wären, den verfassungsmäßigen Schutz unterhöhlt und sogar Wähler durch diesen Prozess entfremdet?

Indem er seine radikale soziale Agenda vorantreibt, ist der Präsident von seiner eigenen Gerechtigkeit so überzeugt, dass das alles Nebensache ist. Aus seiner Perspektive ist die jahrhundertealte Doktrin einer Kirche mit einer Milliarde Anhängern eine Randansicht, und Religionsfreiheit ist nur eine Unebenheit auf der Straße.

Wohin das führt

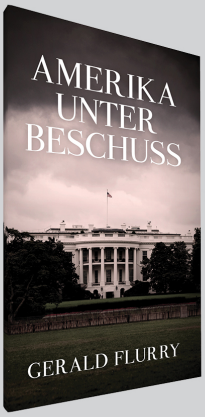
Dies ist nur ein Einzelbeispiel für die Gefahren, die aufgeworfen werden durch das Über-Bord-Werfen der Rechtsstaatlichkeit.

„Ein Präsident, der die Verfassung geringschätzig behandelt, ist wie ein Reiter, der sein Pferd hasst: Er wird abgeworfen werden, und die Nation mit ihm“, sagte der US-Republikaner Mike Pence im September 2010.

Diese explodierende Entwicklung ruft die dunkelste Periode in der Geschichte des Alten Israel in Erinnerung – die Zeit der Richter. Als die Nation Gott und seinem Gesetz den Rücken zukehrte, erlitt sie Fluch auf grauenhaftem Fluch. Die Heilige Schrift verwendet eine einfache Beschreibung des moralischen und intellektuellen Klimas jener Zeit – eine, die heute ekelerregend wahr klingt: „Jeder tat, was ihn recht dünkte“ (Richter 21, 25).

Diesen Vers im Jahr 2001 zitierend, schrieb Herr Flurry: „Dies war der Zustand unserer biblischen Ahnen – knapp bevor ihre Nation kollabierte und sie in Sklaverei gingen!“

Achten Sie darauf, wie die Geschichte sich wiederholt. ▪



Download oder bestellen Sie Ihr Gratisexemplar

Amerika unter Beschuss

jetzt, indem Sie hier klicken.